

## Budgetsanierung - Auch budgetäre Kreativität hat ihre Grenzen

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung!  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen!

Budgetreden sind jährlich eine Art Rückblick und auch eine Bestandsaufnahme über die Politik, die gemacht wurde und wird in unserer Stadt.

Zu Beginn meiner Rede möchte ich mich bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Finanzdirektion, des Stadtrechnungshofes und allen anderen Abteilungen für die geleistete Arbeit bedanken. Ihre Arbeit und Unterstützung ist für uns im Gemeinderat sehr wichtig, ohne Sie könnten wir viele Entscheidungen nicht treffen.

Das Budget der Stadt Graz kann natürlich nicht losgelöst von den vorherrschenden Rahmenbedingungen in der EU und in Österreich gesehen werden.

Die Finanzkrise wurde zwar aus den Medien in den letzten Monaten etwas weggezaubert, ist aber mit voller Härte noch immer da. Immer mehr Staaten kommen in die Situation, für ihre Banken Geld locker zu machen und dieses dann bei der Bevölkerung einzutreiben. Heute geht es nicht mehr nur um Griechenland auch Spanien, Portugal, Zypern, Italien und nicht zuletzt auch Slowenien sind in großen Schwierigkeiten und werden von Seiten der EU gezwungen, massive Einsparungen bei der Bevölkerung zu tätigen.

Auch Österreich ist keine Insel der Seligen. Das Sparprogramm der Regierung wird in allen Bereichen beinhart durchgezogen. Haben viele Österreicher und Österreicherinnen vor 2 Jahren noch nicht wirklich daran geglaubt, dass es auch sie treffen kann, spüren sie es heute ganz konkret in Ihrer Geldtasche. Für viele Menschen reicht ihr Einkommen gerade, um über die Runden zu kommen. Extras sind für die Meisten nicht mehr drinnen. Die Unterschiede zwischen Mittelstand und unteren Einkommenschichten werden kleiner und immer mehr Menschen rutschen unter die Armutsgrenze.

Laut den letzten Meldungen des AMS ist die Arbeitslosigkeit auch im Grazer Raum so hoch wie noch nie. Für viele Arbeitslose gibt es kaum Hoffnung, in nächster Zeit Arbeit zu bekommen. Immer mehr hoch qualifizierte und gut ausgebildete Menschen finden keine Arbeit. Eingespart wird bei Firmen **und auch in der Stadt** vorwiegend beim Personal. Immer mehr prekäre Arbeitsverhältnisse werden angeboten und nur mehr die Mindestlöhne bezahlt. Viele brauchen heute mehrere Jobs. Diese sind jedoch kaum mehr zu bekommen. Wen wundert es da, wenn die Kosten für Sozialausgaben steigen?

Geld ist durchaus vorhanden, dies zeigen die vielen Korruptionsfälle in Österreich und die satten Gewinne von Unternehmen im Jahr 2012. Schmiergelder und undurchsichtige Beraterhonorare in mehrstelligen Millionenbeträgen fließen kreuz und quer zwischen großen Unternehmen und hochrangigen Politikern.

Eine höhere Besteuerung von großen Vermögen wird genau von diesen Politikern in Österreich vehement abgelehnt. Warum wohl?

Die budgetäre Situation in Österreich und vielen anderen Ländern könnte mit einer gerechten Umverteilung der Finanzmittel durchaus in den Griff bekommen werden.

Das ungerechte Steuersystem und die ungleiche Aufteilung der Steuereinnahmen durch den Finanzausgleich will man nicht antasten. Hier wäre aber des Rätsels Lösung. Viele Anregungen des Österreichischen Städtebundes und Erfahrungen aus dem Ausland werden in den Wind geschlagen.

Zu wirklichen umfassenden Reformen ist man nicht bereit. Stattdessen werden Länder, Städte und Gemeinden immer mehr zu Finanztricksereien und Spekulationen gezwungen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Die Vorkommnisse im Land Salzburg sind nur die Spitze eines Eisberges (siehe Linz und NÖ, wo ebenfalls öffentliches Geld in Millionenhöhe verspekuliert wurde).

## **Nun zum Grazer Budget**

Seit 10 Jahren habe ich die Möglichkeit, die Budgetkonsolidierung in diesem Haus mit zu verfolgen. Viele schöne Reden wurden geschwungen und haben die baldige Lösung vorangekündigt. Es wurde auch vieles ausprobiert und kaum mehr rückgängig zu machende Beschlüsse gefasst.

Die Kritik der KPÖ hat sich für uns immer wieder bestätigt.

Zu Beginn kam die **Verwaltungsreform 2000**, mit der man eine effektivere und schlankere Verwaltung erreichen wollte. Dann die **Aufgabenkritik**: Die Ämter bekamen ihre eigenen Budgets und wurden zu Einsparungen angehalten. Danach wurden die **Eckwerte** eingeführt, die jährlich gekürzt wurden und nun zum Teil wieder angepasst werden müssen, da man an die Grenzen des Machbaren gelangt ist. Mit dem neu geschaffenen **Haus Graz** hat man die größte Umgestaltung und **die gesamte Auslagerung der Daseinsvorsorge** in den privatrechtlichen Bereich getätigt. Mit **insgesamt 11 Immobilienpaketen** wurde das gesamte Liegenschafts- und Immobilienvermögen ausgelagert und mit Krediten belastet.

2011 kam die frohe Botschaft, die Ausgaben der OG konnten seit vielen Jahren wieder mit den Einmaleffekt-Einnahmen gedeckt werden und nicht mit Fremdmittelaufnahmen. Die freie Finanzspitze war mit 2,58 Mill wieder im Plus und somit gab es freie Fahrt für Investitionen. Der Übernahme des gesamten Reininghaus Grundstückes der Asset One mit einer Schuldenlast von ca. 70 Mill. wurde ins Auge gefasst, denn es wurde kolportiert, daraus könnte man Gewinne abschöpfen. Nicht auszudenken, wenn dieser Deal wirklich stattgefunden hätte. Denn 2012 sieht das Ergebnis schon etwas anders aus. Auch wenn dieses heute äußerst positiv vorgestellt wurde.

Durch einmalige Einnahmen wie das letzte Immobilienpaket mit **8,5 Mill**, sogenannte Gewinnentnahmen aus Beteiligungen in Höhe von ca. **11 Mill** – die in Wirklichkeit nur Umschichtungen zu Lasten des Eigenkapitals sind -, die letzte Zahlung der Holding zur Ablöse der Pensionslasten in Höhe von **33,8 Mill** und massive Rücklagenentnahmen aus der Ausgleichsrücklage von **44,2 Mill** konnte das Ergebnis noch positiv gehalten werden. Zunehmende Probleme mit Banken bezüglich der Kreditkosten und letztendlich sofort fällig gestellte Darlehen zwangen die Stadt, die Tilgungsrate enorm zu erhöhen.

2012 wurden auch erstmals Darlehen und Anleihen von Investmentbanken aufgenommen, welche der Stadt keine jährliche Tilgung abverlangen, sondern in 10 Jahren auf einmal zurückbezahlt werden müssen. Wohin der Weg führt, wird sich noch weisen.

## **Budget 2013/14**

Wohin geht die Reise in den nächsten Jahren.

Die Stadt Graz wird in den nächsten Jahren um 30 000 Menschen wachsen. Diese Nachricht wird allseits verkündet und das Baugeschäft boomt wie nie zuvor in unserer Stadt. Welche Herausforderungen für die Stadt jedoch damit verbunden sind und wie viel Wachstum unsere Stadt wirklich verträgt - darüber wird nicht viel geredet.

Mehr Einwohner und Einwohnerinnen heißt mehr Einnahmen aus dem Finanzausgleich – dies ist eine Sicht und die ist auch aus dem Zahlenwerk ersichtlich. Dass aber mehr Einwohner auch mehr laufende Ausgaben verursachen ist eine andere.

Diese Mehreinnahmen sind also mit Vorsicht zu betrachten.

Viele Einnahmen stehen für die kommenden Budgets nicht mehr zur Verfügung. So etwa die 33 Mill. für die Pensionsabschlagzahlungen. Weiters sind alle Immobilien und Liegenschaften bereits belastet. Die Ausgleichrücklage ist mehr oder weniger leer. Die Eigenkapitaldecken der Beteiligungen wurden ebenfalls schon nach unten korrigiert. Bleiben nur mehr etwaige Finanztransaktionen zwischen den Beteiligungen und der Stadt. Finanzmittel werden aufgenommen und hin und her transferiert.

Die Übersicht über solche Finanztransaktionen wird immer komplizierter und beschränkt sich auf einige wenige MitarbeiterInnen der Finanzdirektion. Das birgt mit Sicherheit Gefahren in sich. Liegenschaften werden jetzt durchforstet und echte Verkäufe geprüft. Allein in der GBG wurden bereits Liegenschaften und Immobilien im Wert von 7,2 Mill vom Anlagevermögen in das Umlaufvermögen übertragen und somit zum Verkauf vorbereitet.

Mit der Deckelung der Schuldenobergrenze auf 1,3 Mrd bis zum Jahr 2017 geht die Erhöhung der Schulden vorerst jährlich weiter.

Auch wenn ÖVP, SPÖ und Grüne in der Vergangenheit immer wieder betont haben, wir dürften die nächsten Generationen nicht mit Schulden belasten, so haben sie das in den letzten Jahren eindeutig getan. Das bereits beschlossene Investitionsvolumen hat den Rahmen bereits gesprengt und erlaubt in Zukunft keine größeren Projekte mehr. Projekte werden jetzt bereits fixiert und in den Zeitraum nach 2017 verschoben. Z. B. Sammelkanal Mur mit ca. 52 Mill Euro und der Bau der Südwestlinie. Mit einem AOG-Rahmen von ca. 100 Mill bis 2017 - wobei für 2013 13 Mill. und für 2014 15 Mill. vorgesehen sind - sind nur mehr kleine Projekte möglich.

Trotz dieses schmalen Rahmens hat man sich auf keine Schwerpunkte einigen können. Die Gefahr, dass jene Projekte zur Umsetzung kommen, die jetzt schneller beantragt und beschlossen werden, und nicht jene, die für die Bevölkerung wichtig und dringend sind, ist groß.

**So war es in den Budgetverhandlungen nicht möglich, Gelder für Grundstücksankäufe in den Jahren 2013/14 für den Kommunalen Wohnbau zu veranschlagen.**

Leistbarer Wohnraum ist zurzeit in aller Munde und alle Parteien hier im GR wollen mit Anträgen und Vorschlägen das Thema Wohnen jetzt neu definieren. Die einzige Alternative für die Stadt ist jedoch, selber für kostengünstige Wohnungen zu sorgen und dazu braucht es geeignete Grundstücke. Lippenbekenntnisse helfen hier nicht weiter und lösen die Probleme für viele Menschen nicht.

Das hier vorgelegte Budget zeigt deutlich, wohin in Zukunft der Weg führt.

Es beinhaltet eine **weitere Einsparung im Personalbereich**, wie der DPPL zeigt. Auch wenn es zu keiner Kündigungswelle wie in der Privatwirtschaft kommt, so werden doch viele Dienstposten nicht nachbesetzt und der Arbeitsdruck auf die restlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steigt kontinuierlich.

Unter dem Motto „Mehr Qualität, effektivere Leistung und weniger Kosten“ orientiert man sich im Haus Graz in Zukunft immer öfter an den Mindestlöhnen in den jeweiligen Kollektivverträgen und lagert weiter Personal aus. Gleichzeitig können Einnahmen aus Dienstleistungen nicht lukriert werden, weil Personal fehlt.

Bei den **Sozialleistungen** wird in Zukunft vorwiegend der gesetzliche Pflichtbereich erfüllt werden, doch dieser wird vom Gesetzgeber immer weiter verkleinert, da verstärkt die Ausgaben dafür gedeckelt werden.

Die Einführung von sozialen Staffelungen in den einzelnen Bereichen ist nur Schein, Leistungen gibt es ohnehin nur mehr für Menschen, die bereits schon nichts mehr haben.

**Tarife und Gebühren**

werden in Zukunft regelmäßig erhöht und die Haushalte der Grazer und Grazerinnen entsprechend belasten. Die Wohnungskosten werden durch steigende Betriebskosten weiterhin in die Höhe schnellen.

Hier könnte die Stadt ihr Verantwortungsbewusstsein zeigen und nicht nur der Bau - Lobby gegenüber.

Das **Wahlergebnis der letzten GRW** hat gezeigt, dass viele Menschen in Graz mit dieser Politik nicht mehr einverstanden sind. Sie haben - für Österreich nicht üblich - die KPÖ zur zweitstärksten Fraktion in diesem GR gemacht.

Trotzdem wurde das Gespräch mit der KPÖ nur pro forma geführt. Die Verliererparteien haben sich wieder geeinigt und führen ihre Politik wie gehabt weiter. Der KPÖ wird ständig vorgeworfen sie übernimmt keine Verantwortung und fordert nur, ohne Vorschläge zur Finanzierung ihrer Forderungen zu machen. Fakt ist: Unsere Vorschläge wollte man nicht hören und schon gar nicht sich damit auseinandersetzen.

Wir werden uns jedoch auch weiterhin in diesem Gemeinderat für jene Menschen einsetzen, die keine Lobby hinter sich haben und Hilfe benötigen und das tun, was wir unseren Wählern und Wählerinnen versprochen haben.